

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringselgeld monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinstanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26.

Dresden, Donnerstag den 1. Februar 1917.

28. Jahrg.

Der verschärfte Tauchbootkrieg beginnt! Eine Note an Amerika. — Darlegungen des Kanzlers im Hauptauschuß.

In Berlin ist eine schwerwiegende Entscheidung gefallen. Der Regierung der Vereinigten Staaten ist gestern mitgeteilt worden, daß vom 1. Februar 1917 an in den Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer der verschärfte U-Bootkrieg beginnt. Die gleiche Note wird den übrigen neutralen Mächten zugestellt werden. Damit hat die deutsche Regierung einen Schritt getan, vor dem sie bisher zurückbehielt. In der Note an Amerika und in den Darlegungen, die der Reichskanzler gestern vor dem Hauptauschuß des Reichstags gegeben, ist der neue Schritt ausführlich begründet. Man muß zugestehen, daß die Gründe für den verschärften U-Bootkrieg im Laufe des Krieges gewachsen und schwerer geworden sind: die Zahl unserer U-Boote hat sich wesentlich vermehrt, die Gegner leiden unter einer der schlechtesten Getreideernten, der Kohlenmangel ist für sie zu einem schwierigen Problem geworden und der Krieg auf den Meeren hat gefordert für eine empfindliche Zunahme der feindlichen Seefahrt, die den Verantwortlichen der Seeverbindungen über schwere Kopfschmerzen verursacht. Also wenn Gründe genügen, um eine militärische Maßnahme zu rechtfertigen, so könnte Behnmann-Hollweg die Verantwortung für das, was kommt, getrost übernehmen.

Die Sozialdemokratie hat bisher den verschärften See-Krieg abgelehnt, weil dieser Verschärfung schwere Bedenken gegenüberliegen. Ob diese Bedenken durch die neuen Tatsachen gegenstandslos geworden sind, ob Amerika von neuem protestieren und sich etwa mit seiner ganzen Macht gegen uns wenden wird, wie die Neutralen sich zu der erheblich verschärften Unterbindung des Seeverkehrs stellen werden — das sind Fragen, die erst die Zeit beantworten kann. Wenn in den neutralen Ländern die politische Vernunft und die ökonomischen Interessen der Volksmassen liegen, so würde von dieser Seite aus für Deutschland kein neuer Gegner erwachen. Für die auf die Bege des Meeres am stärksten angewiesenen Länder wie Holland und die nordischen Staaten müssen die Räte eines jahrelang fortdauernden Krieges ebenso unerträglich werden, wie sie seit Kriegsbeginn unter dem unerträglichen Terror Englands leiden. Bei ihren Vätern besteht also ein starkes Interesse an der Verhütung des Krieges und als Mittel zur Verhütung des Krieges wird der verschärfte U-Bootkrieg vom Vierbund unternommen.

Was von den europäischen Neutralen gilt, gilt auch für die Vereinigten Staaten von Amerika. In Wilsons Friedensbemühungen drücken sich ja Stimmung und Sehnsucht der amerikanischen Volksmassen deutlich genug aus. Der Vierbund hat den Gegnern die Friedenshand hingestreckt und ist dafür mit einer neuen Kriegserklärung bedacht worden. Nach Wilsonscher Friedensethik und politischer Logik müßten alle diese Umstände die nicht an Kriegslieferungen interessierten Kreise Amerikas bewegen, hinwegzugehen über das, was ihnen der verschärfte U-Bootkrieg bescheren kann, und das große Ziel ins Auge zu fassen, nach dem alle Völker streben und auf das Wilson in seinen Friedensnotizen sehr pathetisch hingewiesen hat: den Frieden.

Der neue Schritt ist ohne Mitwirkung der Volksvertretungen geschehen. Mit seinen Darlegungen im Reichstagsauschuß hat Behnmann-Hollweg die Volksvertreter vor eine vollendete Tatsache gestellt. Daß ein solcher Vorgang der grundsätzlichen Auffassung der Sozialdemokratie von der Stellung der Volksvertretung widerspricht, bedarf kaum näherer Ausführung. Das Vorgehen der Regierung ist eben eine Folge unseres unentwickelten Verfassungsweises, das ein parlamentarisches System nicht kennt. Hätten wir ein parlamentarisches System, so lägen die Dinge jedenfalls anders, aber doch auch nicht so, daß zu allen wichtigen Entscheidungen der Regierung ein Beschluß des Reichstags oder eines Reichstagsauschusses eingeholt würde. Vielmehr würde die parlamentarische Regierung dann ebenso handeln, wie jetzt unsere unparlamentarische Regierung, nur mit dem Unterschiede, daß die Regierung dann selbst einen Parliamentsauschuß darstellen würde und damit eine Körperschaft, der durch die Vertrauenswörter des Volkes das allgemeine Vertrauen übertragen ist.

Aus dem eigenartigen Verhältnis, das in Deutschland zwischen Regierung und Volksvertretung besteht, geht schon

(W. Z. B.) Amlich, Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front brachen Geländungsverhältnisse wertvolle Fortschritte über den Feind.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Bei sehr strenger Kälte nur an wenigen Stellen lebhaft Kampfaktivität.

An der Karajowa, südlich von Rynica-Dolina, drangen Teile eines südtürkischen Regiments in die russische Stellung und

kehrten mit 60 Gefangenen und einem Maschinengewehr als Beute zurück.

An der Front des Generaloberst Erberzog Joseph

und bei der

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls v. Maderer

kleine Vorfeldgefechte und vereinzeltes Artilleriefeuer.

Mazedonische Front:

Südwestlich des Dojran-Sees nach hartem Feuer vorgehende Abteilungen wurden abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 1. Februar. Amlicher Heeresbericht vom 31. Januar. Egefront: Nachdem der Feind am 29. Januar mit sechs Batterien die Stellung eines unserer Bataillone auf dem südlichen Egeufer unter Feuer genommen hatte, führte er einen Infanterieangriff aus. Die feindliche Infanterie, die zum Angriff überging, wurde abgesehen von einem Tote, dem es gelang, nach südwärts zu flüchten, völlig vernichtet. Ein von einem durch zwei Kompanien des 1. Kavallerie-Regiment unternommener Einkreisungsversuch mißlang in unserem Artilleriefeuer. Am 30. Januar hielt der Feind mehrere Stunden lang unsere Stellungen bei Zellahe und diejenigen südlich des Egeis unter Artilleriefeuer. Wir beantworteten das Feuer heftig. — Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten. Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

25 Prozent Dividende in den Dürtoppwerken.

† Berlin, 1. Februar. Der Aufsichtsrat der Dürtoppwerke, A.-G., beschloß, eine Dividende von 25 Prozent vorzuschlagen. Die Reservefonds sollen durch eine Zuwendung von 150 000 Mark auf insgesamt 5 Millionen Mark abgerundet werden. Ferner wird vorgeschlagen, der Rationalisationsfonds 50 000 Mark, dem Unterstützungsfonds für Beamte und Arbeiter weitere 100 000 Mark zu überweisen, außerdem eine Rückstellung von 800 000 Mark für Anschaffungen. Für die Kriegsteuer ist eine Million Mark zurückgestellt worden.

Die Zukunft der deutschen Kolonien.

London, 31. Januar. In einer Rede in Westminster hat der Kolonialminister Walter Long erklärt, keine der eroberten deutschen Kolonien werde jemals der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden.

ohne weiteres hervor, daß die Volksvertretung für die Einzelhandlungen der Regierung keine Verantwortung trägt. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Volksvertretung und ihre einzelnen Parteien die Gesamtverantwortung etwa schon dadurch übernehmen, daß sie etwa die Kriegskredite bewilligen. Insbesondere hat die sozialdemokratische Partei stets Gewicht auf die Feststellung gelegt, daß sie zwar durch ihre parlamentarische Haltung den gegebenen Notwendigkeiten Rechnung trägt, daß sie aber den Schluß, sie sei deswegen mit allen Maßnahmen der Regierung einverstanden, sie gehe mit ihr durch die dick und dünn, ganz entschieden ablehnt.

So steht die Sozialdemokratie auch den neuen Mitteilungen, die der Reichskanzler dem Reichstagsauschuß zu machen hatte, frei und unbefangen gegenüber. Niemand in der Partei verkennt die ungeheure Schwierigkeit der Situation und die Macht der Verantwortung, die auf der Reichsleitung lastet. Niemand verkennt den Stimmungsumschwung, der im Volk durch die Ablehnung des deutschen Friedensangebots, durch die Enthaltung der feindlichen Absichten und — zuletzt nicht zumindest — durch die steigenden Schwierigkeiten der Volksernährung eingetreten ist. Niemand hat auch die Absicht, den Feinden das Spiel zu erleichtern. So würde das alte Wort „Wer schweigt, scheint zugestimmt“ unter den gegebenen Umständen nicht unbedingt zutreffen. Die Verantwortung für das, was aus dem verschärften U-Bootkrieg entstehen kann, hat die Regierung zu tragen, die ihre Entschlüsse ohne Zustimmung des Parlaments faßt. Aber als Wunsch und Hoffnung möchten wir aussprechen, daß der neue Schritt einen für uns und die gesamte Welt günstigen Erfolg haben und zum Frieden führen möge.

Die Note an Amerika.

† Berlin, 31. Januar. Der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist heute die folgende Note überreicht worden:

Berlin, 31. Januar 1917. Am. Exzellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. M. von der Reichsamt Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die Kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Reichsamt Mitteilung Kenntnis genommen, die den von hohem Verantwortungsbewußtsein getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zustimmt. Es gereicht mir zu großer Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Rundgebung in weitem Umfang mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen ich Deutschland bekennt. Hierzu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen; in Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es ausdrücklich begrüßen, wenn Völker, wie Irland und Indien, die sich der Segnungen königlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangten. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine friedliche Mitarbeit allen Völkern gewidmet, die für die Verhütung künftiger Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Verkehr aller Nationen steht zu dem leitenden Grundsatz der deutschen Politik. Um so tiefer beklagt es die Kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, und hatten als Grundlage die Sicherung des Lebens, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker begehrt. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Verschärfung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Überzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar. Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmer Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hätte der Reichskanzler wenige Wochen vorher erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen hat. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lediglich Sorge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die Kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Aufschläge ausgenutzt werden kann. Solche Vorbehalte sind um so bringender geboten, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz ausdrücklich die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, sondern vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Erhebungsfrage der Gegner, die den Feinden diktiert wurden, ist der Friedenswunsch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Ausdrucksbild des Rationalisationsprinzips haben sie als Kriegziel erklärt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bel-